

Deportationen im totalitären kommunistischen System und der Russischen Föderation

Von Oleg Bashan & Mykola Mykhailotsa

Der im Februar 2014 begonnene bewaffnete Angriff der Russischen Föderation gegen die Ukraine geht mit zahlreichen Kriegsverbrechen der Besatzer gegen die Bevölkerung eines souveränen Nachbarstaates einher. Eine der vordringlichen Aufgaben in einem solch langwierigen bewaffneten Konflikt ist es, Völkerrechtsverstöße zu identifizieren und zu belegen. Dies gilt insbesondere für die Deportation und Zwangsvertreibung von Einzelpersonen, Personengruppen oder ganzer ethnischer Gruppen von ihrem ständigen Wohnort.

Oft gelingt es jedoch erst in der Rückschau und mit den Mitteln der historischen Forschung, derartige Verbrechen detailliert nicht nur zu belegen, sondern auch in ihrer Struktur zu erklären. Für die ukrainische Geschichtsschreibung sind Deportationen und Zwangsumsiedlungen bereits seit vielen Jahren ein zentraler Gegenstand der Forschung. Der Zweck dieses Artikels besteht darin, Zwangsumsiedlungen, die im Laufe des 20. Jahrhunderts von autoritären Regimen in ukrainischen Gebieten durchgeführt wurden, in ihrem Ausmaß historiographisch zu erfassen. Deportationen erfolgten zumeist mit dem expliziten Ziel, jegliche Form des Widerstands zu unterdrücken, soziale Veränderungen herbeizuführen und zu steuern sowie die nationale Zusammensetzung bestimmter Regionen zu verändern. Aus einer dergestalt historischen Betrachtung, so ist zu hoffen, lässt sich auch ein Verständnis für Kontinuitäten, die bis in die Gegenwart reichen, ableiten.

Deportationen bis zur Revolution 1917

Die Umsiedlung als besondere Form der Freiheitsberaubung ist in Europa mindestens seit der Antike bekannt. Im östlichen Europa kamen Umsiedlung und Verbannung seit der Zeit der so genannten *Kyjiwer Rus* (9.–13. Jahrhundert) als Mittel der Bestrafung für schwere Verbrechen zur Anwendung (die Verbannung aus der Gemeinde oder Region war eine bereits im Gesetzeskodex der *Rous'skaja Prawda* vorgesehene Form der Bestrafung). Zur Zeit der Eingliederung des so genannten Hetmanats der Kosaken – welches in Teilen der Historiographie als erster ukrainischer Staat gehandelt wird – in das Russische Reich wurden viele Entscheidungsträger auf Befehl der zaristischen Regierung deportiert. Dies gilt insbesondere für die so genannten „Hetmane“ (in etwa: Hauptmänner) Demjan Mnohohrischnyj,

Petro Doroschenko und Iwan Samojlowytsch. Die ersten größer angelegten Zwangsumsiedlungen aus der Ukraine fanden im frühen 18. Jahrhundert statt, als auf Befehl des russischen Zaren Peter I. Tausende Ukrainer zur harten Arbeit zum Bau von St. Petersburg oder zur Verlegung des Ladoga-Kanals zwangsumgesiedelt wurden.

Doch erst im 20. Jahrhundert wurden Deportationen zu einem systematisch eingesetzten Mittel staatlicher Politik zur Steuerung gesellschaftlicher Prozesse. So kam es während des Ersten Weltkrieges erstmals zu großflächigen, staatlich angeordneten Massendeportationen aus ukrainischen Gebieten. Mit dem Ziel der „Neutralisierung des deutschen Nationalelements“ beschloss das Kriegsministerium des Russischen Reiches, zwischen 1915 und 1916 150.000 deutsche Kolonisten, die im Gouvernement Wolyn lebten, in die Wolgaregion, den Ural, den Kaukasus und Sibirien umzusiedeln. Im militärischen Operationsgebiet an der Südwestfront wurden Tschechen, Polen und Juden zur Vertreibung bestimmt, da sie vom Stab des Oberbefehlshabers als potenzielle Feinde des Russischen Kaiserreichs betrachtet wurden. Während der Feindseligkeiten und während der Besetzung Ostgaliziens durch russische Truppen, kam es zudem zu Evakuierungen und Massendeportationen der ukrainischen Bevölkerung (während der Zeit von 1914 bis 1915 wurden 13.000 Menschen aus diesen Gebieten in das russische Kernland umgesiedelt).

Deportationen der ukrainischen Bevölkerung in der Zeit des Stalinismus

Noch größere Ausmaße nahmen die Deportationen in der Ukraine unter der Herrschaft des kommunistischen totalitären Regimes an. Mit der Festigung der Sowjetmacht wurden gemäß der Entscheidung der bolschewistischen Regierung die Vertreter des zaristischen Russlands, der ukrainischen Nationalregierung, der von Deutschland installierten Marionettenregierung Hetman Pawlo Skoropadskyjs sowie die Mitglieder verschiedener politischer Parteien (Menschewiki, Sozialrevolutionäre, Anarchisten usw.) deportiert und vertrieben. In den Jahren 1930–1952 nahm die Praxis der Vertreibung großer Menschenmassen und sogar ganzer ethnischer Gruppen neue Dimensionen an.

Während der Kollektivierung der Landwirtschaft in den Jahren 1930–1931 wurden auf Grundlage staatlicher Entscheidungen 63.817 Familien wohlhabender Bauern aus der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik in die Verbannung in den Ural sowie nach Ost- und Westsibirien, in die fernöstlichen Gebiete der Sowjetunion und nach Jakutien verschickt. Aufgrund des Beschlusses des Zentralkomitees der KPdSU vom 20. Dezember

1934 „Über die Umsiedlung der deutschen und polnischen Bevölkerung aus den Grenzgebieten“ wurden bis Januar 1935 9.470 Haushalte (ca. 40.000 Menschen) nach Sibirien umgesiedelt. Anschließend wurden gemäß der Verordnung des Rates der Volkskommissare der Sowjetunion vom 28. April 1936 insgesamt 23.519 Menschen polnischer und deutscher Nationalität, die in die Kategorie „unzuverlässige Elemente“ eingestuft wurden, aus den Grenzgebieten der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik vertrieben.

Nach der Annexion der westukrainischen Gebiete an die Sowjetunion gemäß den Verordnungen des Rates der Volkskommissare vom 5. Dezember 1939 und 2. März 1940 wurden ehemalige Staatsbedienstete der Gerichtsorgane, Polizei und Armee sowie polnische Siedler, Gutsbesitzer, Besitzer von Anlagen und Fabriken und ihre Familien zwangsweise umgesiedelt. Unmittelbar nach dem Beginn des deutschen Einmarschs in die Sowjetunion deportierten sowjetische Sondereinheiten Deutsche aus der Ukraine. Im Jahr 1944 wurden 191.000 Krimtataren, 16.000 Griechen, mehr als 9.800 Armenier und 12.600 Bulgaren unter dem Vorwurf des Verrats und der Zusammenarbeit mit Hitlerdeutschland aus den ukrainischen Gebieten nach Zentralasien deportiert. Derartige Umsiedlungen erfolgten außergerichtlich aufgrund Entscheidung staatlicher Behörden. Die meisten Deportierten wurden als so genannte „Sondersiedler“ geführt und in der Landwirtschaft eingesetzt, einige von ihnen (Ukrainer, Deutsche, Krimtataren) schickte man in so genannte „Speziallager“.

Um die nationale Befreiungsbewegung in der Westukraine in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre zu schwächen, unterdrückten die sowjetischen Behörden mit bewährten Strafmaßnahmen alle diejenigen, denen Zusammenarbeit oder Sympathien mit der Befreiungsbewegung vorgeworfen wurden. Den Anstoß für staatliche Zwangsmaßnahmen gegen Personen, die mit den Rebellen verwandt waren oder ihnen nahestanden, war der Befehl des Volkskommissars für innere Angelegenheiten der Sowjetunion, Lawrentij Beria, № 7129 vom 31. März 1944, mit dem alle volljährigen Mitglieder der Familien von Soldaten der aufständischen ukrainischen Armee sowie bekannte Mitglieder der Organisation ukrainischer Nationalisten (OUN) dazu verurteilt wurden, in entlegene Gebiete der Regionen Krasnojarsk, Omsk, Nowosibirsk und Irkutsk umzusiedeln, während ihr Eigentum beschlagnahmt wurde (Abteilung des Staatsarchivs für die Akten des Sicherheitsdiensts der Ukraine (ASAU), f. 2, op.103 (1954) spr. 2, ark. 4).

Allein im Jahr 1944 wurden 4.724 Familien mit einer Gesamtzahl von 12.762 Menschen aus den Gebieten Wolyn, Drohobyzk, Lwiw, Riwna, Stanislaw und Ternopil deportiert. Die „tiefgreifende Säuberung“ der westukrainischen Länder von den (angeblichen) Sympathisanten der OUN und der Ukrainischen Aufstandsarmee (UPA) wurde im folgenden Jahr

fortgesetzt. Im Jahr 1945 wurden 7.393 Familien mit insgesamt 17.497 Menschen zwangsweise deportiert. Im ersten Nachkriegsjahr wurden 2.612 Familien sogenannter „antisowjetischen Elemente“ (6.350 Menschen) aus den westukrainischen Gebieten vertrieben (Vrons'ka 2009, 362). Insgesamt wurden nach Angaben des Zweigarchivs des Staatlichen Sicherheitsdienstes der Ukraine in den Jahren 1944-1946 aus den Gebieten der Westukraine 14.728 Familien von Mitgliedern der nationalen Befreiungsbewegung, d.h. insgesamt 36.608 Personen, in weit entlegene Gebiete der Sowjetunion umgesiedelt (ASASU, f. 2, op. 103(1954), spr. 2, ark. 1). Allerdings forderte die Parteiführung der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik den Geheimdienst auf, nicht bei dem bereits Erreichten stehenzubleiben.

Die größte Deportation der Bevölkerung aus der Westukraine fand im Oktober 1947 statt. Sie ging unter dem Codenamen „Operation West“ in die Geschichte ein. Auf der Grundlage von Akten des Sicherheitsdienstes kann festgestellt werden, dass der Plan zur Durchführung der nächsten und größten Repressionsaktion in der westukrainischen Region von dem stellvertretenden Minister für Staatssicherheit der Sowjetunion, Generalleutnant S. Ogolzow, sowie dem Minister für Staatssicherheit der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik, Generalleutnant S. Sawtschenko, stammt, die in einem gemeinsamen Brief vom 24. Mai 1947 an den Minister für Staatssicherheit der Sowjetunion, Generaloberst Wiktor Abakumow, um Erlaubnis zur Fortsetzung der Deportationen ersuchten. Begründet wurde die Anfrage wie folgt:

Die Ausweisung der Familien von Mitgliedern der OUN und Banditen ist, wie die Erfahrung gezeigt hat, ein sehr wirksames Mittel zur Bekämpfung des nationalistischen Untergrunds und des Banditentums, sie trug wesentlich zum Zerfall des Untergrunds und der Banden bei, bewegte viele Menschen zu Geständnissen, erschwerte es den Nationalisten, neue Mitglieder für die OUN und ihre Banden zu rekrutieren, ermutigte Freiwillige, aktiv gegen die Banden zu kämpfen, verringerte den Bewegungsspielraum von Komplizen, da die lokale Bevölkerung aus Angst vor Repressionen wie der Vertreibung von Familien sich weigerte, Banditen materielle Hilfe zu leisten. (ASASU, f. 2, op. 103(1954), spr. 2, ark. 2)

Die Initiative der Sicherheitsbehörden, dem „nationalistischen Untergrund“ einen weiteren Schlag zu versetzen, unterstützte das Politbüro des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Ukraine in seinem Beschluss vom 13. August 1947. Gemäß der Verordnung der obersten politischen Führung des Landes erließ der Minister für Staatssicherheit der Sowjetunion, Wiktor Abakumow, am 22. August 1947 den Befehl №00430 „Über die Aussiedlung der Familien verurteilter, ermordeter, illegaler, aktiver

Nationalisten und Banditen aus dem Gebiet der westlichen Regionen der Ukraine“ (ASASU, f. 2, op. 103 (1954), spr. 2, ark. 12). Im Anhang zu dieser Verordnung befand sich die Anweisung „Über das Verfahren zur Aussiedlung von Familien aktiver Nationalisten und Banditen aus den westlichen Gebieten der Ukraine“, die eindeutig vorschrieb, wer vertrieben werden sollte (volljährige und minderjährige Mitglieder der Familien der Rebellen und deren Verwandte, die zusammenlebten). Darin wurde zudem die Funktion einer besonderen Gruppe operativer Mitarbeiter, die „gemeinsam mit Vertretern der örtlichen Behörden durchführen müssen“, ausführlich erläutert (ASASU, f. 2, op. 103(1954), spr. 2, ark. 16-19).

Die Vorbereitungen für die Operation dauerten nur zwei Monate. Nachdem man von Moskau den Befehl erhalten hatte, das Territorium der Westukraine von „Volksfeinden und ihren Komplizen“ zu „säubern“, begannen die örtlichen Einheiten des Ministeriums für Staatssicherheit und des Innenministeriums zusammen mit den Mitarbeitern der Bezirksausschüsse der Kommunistischen Partei der Ukraine damit, Deportationslisten sowie Anweisungen zur Verteilung der militärischen Einheiten nach Bevölkerungszentren, Automobil- und Massentransportmitteln zu erstellen. Die Aktion der gewaltsamen Vertreibung einer großen Zahl von Menschen wurde von Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit wie eine Militäroperation durchgeführt. Insgesamt waren 15.750 Mitglieder der Führung von Strafverfolgungsbehörden und etwa 30.000 Soldaten an der so genannten „Geheimdienstoperation West“ beteiligt (ASASU, f. 2, op. 103(1954), spr. 2, ark. 38).

Für die Zeit der Deportation wurde eine spezielle Funksignaltabelle erstellt. Auf militärischen Lage- und Geländekarten vermerkten Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit die Standorte von Sondersammelstellen, die Anordnung von Tanklagern, die Lagerorte von Kraft- und Schmierstoffen, Tankmöglichkeiten sowie die jeweilige Verkehrsrichtung ein. Im Vorfeld wurden Formulare in der Druckerei hergestellt, darunter eine „gruppenweise Auflistung der deportierten Familien“, ein „Durchsuchungsprotokoll“ oder ein „Gesetz zur Eigentumserfassung“.

Die „Operation West“ bereitete man unter strenger Geheimhaltung vor. Zum Beispiel wurden die Sekretäre von Bezirksparteikomitees und die Vorgesetzten lokaler Einheiten des Ministeriums für Staatssicherheit innerhalb von zwei bis drei Tagen über die Strafmaßnahmen informiert, während andere erst von der Deportation erfuhren, als deren Umsetzung bereits begann – um 8 Uhr morgens am 21. Oktober 1947 (Vrons'ka 2009, 370).

Die Ergebnisse der „Operation West“ wurden Ende Oktober 1947 wie folgt zusammengefasst: Der Innenminister der Sowjetunion, S. Kruglow, berichtete in einem Brief an den stellvertretenden Vorsitzenden des

Ministerrats der Sowjetunion, Lawrentij Beria, über die Aussiedlung von 26.682 Familien (insgesamt 76.192 Menschen, darunter 18.866 Männer, 35.152 Frauen und 22.174 Kinder) aus den westlichen Regionen der Ukraine. Von diesen so genannten „Sondersiedlern“ schickte man 21.380 Familien (60.814 Menschen) zwangsweise in die Kohleindustrie weiter östlich, darunter mehr als die Hälfte (30.251 Personen) in das Bergwerk Kuzbas Kohle, sowie in die Bergwerke in Tscheljabinsk (10.495), Molotow (Perm) (4.976), Karaganda (8.191); Ostsibirien (5.203); sowie in den Kohlesektor der Region Krasnojarsk (1.698 Menschen). Darüber hinaus verlegte man 5.264 Familien (15.202 Menschen) „aktiver ukrainischer Nationalisten“ in die Region Omsk, um dort in Industrieunternehmen und in der Landwirtschaft zu arbeiten (Slyvka 1998, 2: 1946–1947:287–89).

Die erfolgreiche Umsetzung der Massendeportationen wurde im Kreml gebührend gewürdigt. Mit Erlass des Präsidiums der Obersten Sowjets der Sowjetunion vom 29. Oktober 1948 zeichnete man 1.708 Mitarbeiter der Sicherheitskräfte für die erfolgreiche Umsetzung der besonderen Aufgabe der Regierung, den nationalistischen Untergrund in der Westukraine zu bekämpfen, aus, darunter 49 mit dem Orden des Roten Banners, 193 mit dem Orden des Vaterländischen Krieges ersten Grades, 272 mit dem Orden des Vaterländischen Krieges II. Grades, 572 mit dem Orden des Roten Sterns, 523 mit der Medaille für Tapferkeit sowie 99 Mitarbeiter mit der Medaille für Verdienste im bewaffneten Kampf.

Nach 1947 organisierten die sowjetischen Sonderdienste keine Massendeportationen mehr. Stattdessen wurde die erzwungene Aussiedlung von Verwandten von Mitgliedern der UPA und OUN nunmehr in kleinen Gruppen und in Begleitung eines Konvois durchgeführt. Dies geschah auf Grundlage des Beschlusses des Ministerrats der Sowjetunion vom 4. Oktober 1948 „Über die Aussiedlung von Familien von Banditen, Nationalisten und Bandenmitgliedern aus dem Gebiet der westlichen Region der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik in Sondersiedlungen als Reaktion auf Sabotage- und Terroranschläge von Banditen“. Im Jahr 1948 wurden 240 Familien aus den Gebieten der Westukraine deportiert. Im Jahr 1949 deportierten die staatlichen Sicherheitsbehörden im Zuge des Kampfes gegen die nationalistische Bewegung 25.527 Menschen aus westukrainischen Gebieten (Vrons'ka 2009, 378–79, 388). Die Deportationen verkleinerten die soziale Basis der OUN und der UPA empfindlich. Das Schicksal der aufständischen Untergrundbewegung war damit besiegelt. Die schwierige Situation, in der sich der nationalistische Untergrund Ende der 1940er Jahre in den westukrainischen Gebieten befand, zwang das Präsidium des Ukrainischen Hauptbefreiungsrates, welcher die Bewegung ukrainischer Natio-

nalisten koordinierte, die endgültige Auflösung der UPA als bewaffnete Formation zu beschließen.

Anfang der 1950er Jahre wurden die Familien von Kulaken (ukr. *Kurkuly*) erneut als Ziel der Umsiedlungspolitik in der Westukraine definiert (Beschluss des Ministerrats der Sowjetunion № 189-88 vom 23. Januar 1951), hinzu kamen ehemalige Soldaten der Armee V. Anders (Resolution des Ministerrats der Sowjetunion № 377-190 CC vom 13. Februar 1951) und Mitglieder der Zeugen Jehovas, die auch als „Jehovisten-Sekte“ bezeichnet wurden (Resolution des Ministerrats der Sowjetunion № 667-339 vom 3. März 1951, „Operation Sewer“). Die geheimen Maßnahmen der sowjetischen Sonderdienste zur Vertreibung dieser drei Zielgruppen wurden auch unter dem Codenamen „Troika“ geführt. Bei der Umsetzung am 8. April 1951 wurden 8.984 Menschen in weit entlegene Gegenden der Sowjetunion deportiert (Jakovlev, Poboľ, und Pol’jan 2005).

Insgesamt wurden also in den Jahren 1944–1951 65.906 Familien (203.662 Menschen) aus westukrainischen Gebieten entfernt und deportiert. Ein bedeutender Teil dieser so genannten „Sondersiedler“ kam aus der Region Lwiw mit 24.016 Familien (79.506 Menschen), Iwano-Frankiwsk mit 13.817 Familien (40.692 Menschen) und der Region Ternopil mit 10.962 Familien (32.069 Menschen). Etwas geringer war das Ausmaß der Aussiedlungen in der Region Riwne mit 26.000 Menschen, der Region Wolyn mit 21.000 Menschen und der Region Tscherniwzi (Tschernowitz) mit 4.000 Menschen (ASASU, f. 16, op. 14, spr. 9, ark. 52-53).

Während man in der Westukraine mit Hilfe von Deportationen gegen die UPA kämpfte, wurden gleichzeitig in weiteren 18 Regionen der Republik auf der Grundlage der Verordnungen des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 21. Februar und 2. Juni 1948 Menschen in entlegene Gebiete der Sowjetunion umgesiedelt, weil sie angeblich die Arbeit in der Landwirtschaft scheuten und einen „parasitären Lebensstil“ führten. Geheimdienstberichten zufolge wurden 9.850 solcher Menschen im Jahr 1948 aus der Ukrainischen SSR in die Kasachische, Karelich-Finnische, Burjatisch-Mongolische und Jakutische ASSR, in die Kreise Krasnojarsk, Chabarowsk, Irkutsk, Kemerowo und Molotow, sowie in die Verwaltungsregion Tjumen und Tschita deportiert (Zentrales Staatsarchiv für die Überlieferungen öffentlicher Organisationen und Ukrainika, f.1, op. 24, spr. 4307, ark. 5-7).

Auch nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs setzte das stalinistische Regime Deportationen als Instrument der Bevölkerungspolitik ein. Am 17. Mai 1949 verabschiedete das Politbüro des ZK der kommunistischen Partei der Ukraine eine Anordnung „Über die Ausweisung griechischer Staatsbürger, ehemaliger griechischer Staatsbürger, die derzeit keine Staatsbürger-

schaft besitzen, und ehemaliger griechischer Staatsbürger, denen die sowjetische Staatsbürgerschaft zuerkannt wurde“. Das Ministerium für Staatssicherheit der Sowjetunion wurde daraufhin angewiesen, die Schwarzmeerküste der Ukrainischen, der Russischen Föderativen, Georgischen und der Aserbaidschanischen Sozialistischen Sowjetrepublik von „politisch ungünstigen Elementen“ zu säubern, um sie im Anschluss dauerhaft in den Regionen Südkasachstan und Dschambul in der Kasachischen SSR anzusiedeln. Einen Monat zuvor (4. und 11. April 1949) traf der Kreml insofern eine ähnliche Entscheidung, als dass „Türken“ und so genannte „Daschnaken“ (angebliche armenische Nationalisten) aus dem Schwarzmeergebiet, aus Georgien, Armenien und Aserbaidschan ausgesiedelt werden sollten. Um die Anweisungen der obersten politischen Führung des Landes auszuführen, unterzeichnete der Minister für Staatssicherheit der Sowjetunion Wiktor Abakumow am 28. Mai 1949 den Befehl №00183 „Über die Ausweisung türkischer Staatsbürger, staatenloser Türken und ehemaliger türkischer Staatsbürger, denen die sowjetische Staatsbürgerschaft zuerkannt wurde, griechischer Staatsbürger, ehemaliger griechischer Staatsbürger, denen die sowjetische Staatsbürgerschaft zuerkannt wurde, sowie ‚Daschnaken‘ mit ihren Familien aus dem Gebiet Georgiens, Armeniens, Aserbaidschans und der Schwarzmeerküste der Ukraine und der Russischen Föderation“.

Die Leitung der Operation zur Vertreibung „feindlicher Personen“ aus den Gebieten Cherson, Mykolajiw, Odessa und Ismajil wurde dem Minister für Staatssicherheit der Ukrainischen Sowjetischen Sozialrepublik, Generalleutnant Serhij Sawtschenko, und dem stellvertretenden Minister für Staatssicherheit, Generalmajor Michail Popereka (Kohut 2021, 665–67), erteilt. Die Maßnahmen der sowjetischen Sonderdienste zur Identifizierung und Registrierung der Staatsangehörigen der Türkei und Griechenlands, Staatenloser, Türken und Griechen, die die sowjetische Staatsbürgerschaft erhalten hatten, sowie deren weitere Deportation aus den südukrainischen Regionen nach Zentralasien im Zeitraum vom 10. April bis 9. Juli 1949 wurde als „Operation Wolna“ [Freie] bezeichnet. Die Archivadokumente belegen, dass die „Operation Wolna“ in der Nacht vom 5. auf den 6. Juli 1949 begann und im Morgengrauen des 6. Juli endete. Davon betroffen waren 300 griechische und türkische Familien, insgesamt 448 Menschen, die aus den Regionen Odessa, Mykolajiw und Ismajil vertrieben wurden (231 Männer, 172 Frauen, 45 Kinder) (ASASU, f.16, op.52, spr. 3, ark. 7-12).

Die Massendeportationen auf ukrainischem Boden ließen ein Jahr vor dem Tod des Diktators Josef Stalins im Jahr 1952 nach, und die Rehabilitation eines Großteils der Deportierten begann in den Jahren 1957–1958. Erst aufgrund der politischen Entwicklungen der 1980er und 1990er Jahre

wurden die Beschränkungen für die Opfer der Umsiedlungen und Deportationen durch eine Reihe von Gesetzgebungsakten endgültig aufgehoben, ihre Rückkehr etwa auf die Krim ermöglicht und ihre Bürgerrechte in der nun unabhängigen Ukraine wiederhergestellt.

Deportationen während des russischen Kriegs gegen die Ukraine

Die gegenwärtige Regierung im Kreml schreckt nicht davor zurück, die repressiven Instrumente der sowjetischen Nationalpolitik aus der stalinistischen Ära im Zusammenhang mit dem russisch-ukrainischen Krieg erneut einzusetzen. Seit Beginn der umfassenden Invasion der Streitkräfte der Russischen Föderation auf dem Territorium der Ukraine wurden 1.208.225 ukrainische Staatsbürger, davon 210.224 Minderjährige in den ersten zwei Monaten des Krieges von Angehörigen des russischen Sicherheitsapparats aus den vorübergehend besetzten Gebieten deportiert (Vereshchuk 2022). Dem stellvertretenden russischen Verteidigungsminister, Generaloberst Michail Misinzew, zufolge wurden 8.787 Menschen, darunter 1.106 Kinder im April 2023 in einer nur eintägigen Aktion aus der Ukraine „evakuiert“ (Lavryshin 2022; Senatorova 2023).

Nach der Besetzung von Mariupol Ende April 2022 blockierten die russischen Besatzer die ukrainischen humanitären Korridore und begannen, die Bewohner der Stadt am Asowschen Meer in Prüf- und Filtrationslager in den Siedlungen entlang der Küste zu treiben. Diejenigen, die diese Lager durchlaufen mussten, berichteten davon, dass sie nach dem etablierten Schema der sowjetischen Sonderdienste von Vertretern der Besatzungsstrukturen in erniedrigender Weise durchsucht und ihre Fingerabdrücke abgenommen wurden. Es wurden Verhöre mit ukrainischen Bürgern durchgeführt und sie wurden gezwungen, spezielle Fragebögen auszufüllen und Verpflichtungserklärungen zu unterschreiben, die besagen, dass sie innerhalb von zwei Jahren nicht aus russischen Regionen ausreisen werden. Nach Abschluss der Sicherheitsüberprüfung (Entdeckung und Festnahme von Bürgern mit pro-ukrainischen Ansichten, Freiwilligen und Personen, die mit den Streitkräften der Ukraine in Verbindung stehen) brachte man etwa 30.000 Bewohner von Mariupol, die die aktive Kampfzone verlassen wollten, zwangsweise in die Russische Föderation (Media Center Ukraine 2022). Laut der stellvertretenden Leiterin der US-Delegation bei der OSZE, Courtney Austrian, gab es im Juli 2022 mindestens 18 russische Filtrationslager in den besetzten Gebieten der Ukraine, die zur Inhaftierung „unzuverlässiger Elemente“ und zur gewaltsamen Deportation von Ukrainern nach Russland eingerichtet wurden (Solomon 2022). Die

Besitzer wählten für Kontrollen und illegale Inhaftierung von Zivilisten Orte wie Strafanstalten (Kolonie № 77 in Berdjansk, Region Saporischja), Bildungseinrichtungen (allgemeine Schule im Dorf Nowowosneseniwka, Region Cherson), Gebäude von Produktionsbetrieben und Kellerräume.

Die Deportation ukrainischer Kinder nach Russland wird nach Ansicht von Menschenrechtsaktivisten und Experten als Anzeichen für Völkermord betrachtet. Laut den Daten des staatlichen Portals *Kinder des Krieges* wurden 19.546 minderjährige ukrainische Bürger während des Zeitraums vom 24. Februar 2022 bis in Ende Februar 2024 unter dem Vorwand der „freiwilligen Evakuierung“ und der „Sorge um die Gesundheit und Entwicklung des Kindes“ in den vorübergehend kontrollierten Gebieten nach Russland entführt („Діти війни (Kinder des Krieges)“, o. J.). Die Handlungen der Russischen Föderation unter dem Vorwand einer „Rettung“ in Form der Trennung von Familien während der „medizinischen Filtration“ (Klassifizierung von Kindern als gesund oder mit gesundheitlichen und Entwicklungsproblemen), die Ausfuhr ukrainischer Jugendlicher aus ihrem Heimatland und ihre Eingliederung in ein russischsprachiges Umfeld stellen nichts anderes als Völkerrechtsverbrechen gemäß Artikel 3 (Verbot von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung), Artikel 5 (Recht auf Freiheit und Unversehrtheit), Artikel 8 (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens) und Artikel 2 des Zusatzprotokolls № 4 (Freizügigkeit) der Europäischen Menschenrechtskonvention dar (Council of Europe 2021).

Die grundlegenden Strategien und Mechanismen der weitreichenden und systematischen Deportationen in den heute besetzten Gebieten der Ukraine entstanden in der Zeit des sowjetischen totalitären Regimes. Wie zu den Zeiten des Russischen Reiches und der Sowjetunion nutzt das Putin-Regime gewaltsame Bevölkerungsverschiebungen als Strategie, um Krieg zu führen und militärische Vorteile zu erlangen. Der Angriffskrieg Russlands betrifft nicht nur die Ukraine, sondern die gesamte zivilisierte Welt. Die Bemühungen der Ukraine und der internationalen Gemeinschaft sollten darauf abzielen, die internationale Rechtsordnung nachhaltig zu stärken und Russland für seine Verbrechen gegen die Menschlichkeit zur Rechenschaft zu ziehen.

Quellen

Abteilung des Staatsarchivs für die Akten des Sicherheitsdiensts der Ukraine (Галузевий державний архів Служби безпеки України).

Zentrales Staatsarchiv für die Überlieferungen öffentlicher Organisationen und Ukrainika (Центральний державний архів громадських об'єднань та україніки).

Literatur

- Council of Europe. 2021. *European Convention on Human Rights*. Strasbourg: European Court of Human Rights. https://www.echr.coe.int/Documents/Convention_ENG.pdf.
- Jakovlev, A. N., N. L. Pobol', und P. M. Pol'jan, Hrsg. 2005. *Stalinskie deportacii 1928 - 1953*. Rossija, XX vek Dokumenty. Moskva: Meždunarodnyj Fond „Demokratija“ [u.a.].
- Lavryshin, Yulia. 2022. „Россия за сутки вывезла из оккупированных территорий Украины более 100 детей“. Зеркало недели | Дзеркало тижня | Mirror Weekly. 11. Mai 2022. <https://zn.ua/UKRAINE/rossija-v-sutki-vyvezla-iz-ukrainy-bolee-100-detej.html>.
- Media Center Ukraine. 2022. „More Than 30,000 Residents of Mariupol Have Been Through the Filtration Camps and Were Deported To Russia – Head of Donetsk Oblast Military Administration“. Media Center Ukraine. 28. April 2022. <https://mediacenter.org.ua/more-than-30-000-residents-of-mariupol-have-been-through-the-filtration-camps-and-were-deported-to-russia-head-of-donetsk-oblast-military-administration/>.
- Senatorova, Oksana. 2023. „Deportation von Ukrainern seit Beginn der russischen Invasion – völkerrechtliche Einordnung und Empfehlungen“. *Ukraine verstehen* (blog). 17. März 2023. <https://ukraineverstehen.de/die-deportation-von-ukrainern-seit-beginn-der-russischen-invasion/>.
- Solomon, Erika. 2022. „The U.S. Identified 18 Russian ‘Filtration Camps’ for Ukrainians, a Diplomat Says“. *The New York Times*, 8. Juli 2022, Abschn. World. <https://www.nytimes.com/live/2022/07/08/world/russia-ukraine-war-news/the-us-identified-18-russian-filtration-camps-for-ukrainians-a-diplomat-says?smid=url-share>.
- Vereshchuk, Iryna. 2022. „Загарбники депортували до росії 1,2 мільйона українців“. *ukrinform.ua*. 20. Juni 2022. <https://www.ukrinform.ua/rubric-ato/3511358-zagarbniki-deportuvali-do-rosii-12-miljona-ukrainciv-veresuk.html>.

Vrons'ka, Tetjana. 2009. *Zaručnyky totalitarnogo režymu. Represii proty rodyn "vorogiv narodu" v Ukraini (1917–1953 rr.)*. Kyjiv: Nacional'na Akad. Nauk Ukraïny, Inst. Istorii Ukraïny.